



Verleger: Max Quarek, Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: Max Quarek, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 1.50 Mark pro Quartal.

Verleger: Max Quarek, Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: Max Quarek, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 1.50 Mark pro Quartal.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Sonntag 25. Januar 1919

Nr. 32 48. Jahrgang

Vor den Wahlen in Preußen.

Für die Deutsche demokratische Partei!

Die Deutsche demokratische Partei ist aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung stark und aktionsfähig hervorgegangen. Sie hat 5.552.936 Stimmen erhalten — noch 200.000 mehr als das Zentrum, dessen Macht früher unerschütterlich war, dessen Erfolgsgeschichte jetzt gescheitert ist.

Die reaktionäre Koalition, die auch hier wieder sich mit den „Unabhängigen“ zusammenschließt, ist außer sich über ihre Niederlage und über den glänzenden Erfolg der Deutschen demokratischen Partei. In ihrem ohnmächtigen Zorn häuft sie die Verleumdungen und die antisemitischen Beschimpfungen immer höher, und besonders die Flugblätter und die Zeitungen der Deutschnationalen Volkspartei streuen von unaufrichtigen, schamlos niedrigen Gemeinheiten. Die Deutschnationale Partei zeigt sich durch diese Äußerung als eine Partei, von der jeder anständige Mensch, möge er politisch stehen, wie er wolle, sich nur mit Verachtung abwenden kann.

In der deutschen Nationalversammlung wird die Sozialdemokratie nicht über eine Mehrheit verfügen. Wenn wir endlich in die Bahnen einer ruhigen Entwicklung eintreten, das Wirtschaftleben wieder aufbauen und gegen Streikwillkür und verhängnisvolle Maßnahmen sichern, aus Arbeitslosen wieder arbeitende, schaffende Menschen machen und die Wunden des Vaterlandes heilen wollen, dann darf es auch in der preussischen Nationalversammlung keine sozialdemokratische Alleinhegemonie geben. Wir verlangen eine christliche und fröhliche Durchführung der demokratischen Reformen, eine politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung des Staates, die Schaffung eines demokratischen Heeres, in dem der Geist der Disziplin herrschen, aber auch jeder lästige Soldat die Möglichkeit haben muß, zu den höheren Stufen emporzusteigen. Viele Forderungen können nicht verwirklicht werden, wenn eine Partei, eine Klassenpartei, allein regiert, allein alle Wege und Ziele bestimmt.

Wie sehr es nötig ist, die alten Parteien der reaktionären Klassengesellschaft zu bekämpfen, ist durch ihr ganzes Verhalten genügend dargetan. Aus man daran erinnern, daß die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei, obgleich sie sich so vollständig umfideit haben, alle diejenigen in sich bergen, die bis zuletzt mit allen Mitteln versucht haben, die Einführung des gleichen geheimen Wahlrechts zu verhindern? Muß man an alles erinnern, was sie während des Krieges verübt haben, bis sie schließlich das Eingreifen Amerikas verurteilten, das ihnen — wie früher das Eingreifen anderer Gegner — als ganz bedeutungslos und ungefährlich ersehien? Muß man noch einmal darauf hinweisen, daß die Mitglieder der reaktionären Koalition in Rheinland-Westfalen, in Schlesien und anderswo die Trennung von Preußen begünstigen, während sie in Preußen sich stellen, als würde Preußen von ihnen mit unanbeterem Eifer geschützt? Und muß man die Verblöderung Berlins, die jetzt mit Recht gegen jede Geradlinigkeit der Reichshauptstadt sich auflehnt, daran maßnen, wie diese

Reaktionäre immer Berlin mißgünstig beschel und geschädigt haben, und wie ihnen Berlin „der Wasserlopf“ war? Es gilt, morgen, am Sonntag, bei den Wahlen für die preussische Nationalversammlung dem großen demokratischen Siege, der eine Woche vorher erungen wurde, einen neuen, ebenso großen demokratischen Sieg anzuzureihen! Niemand kein Wähler und keine Wählerin, darf meinen, diese Wahlen seien weniger wichtig als die Wahlen am 12. Januar, und jeder, der den Wiederaufbau, die Sicherheit und eine glücklichere Entwicklung des Vaterlandes herbeiführt, stimme für die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei!

Die demokratischen Kandidaten für Groß-Berlin.

Die Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung.

Wähler, Männer und Frauen, geht am Sonntag bei den Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung folgende Deutsch-demokratische Liste ab:

Stadt Berlin.

1. Dr. Ernst Troeltzsch, Universitätsprofessor.
2. Oscar Cappel, Notar.
3. Dr. Hugo Preuß, Staatssekretär des Innern.
4. Wilhelm Hügel, Lehrer.
5. Frieda Wunderlich.
6. Hermann Engeler, Verbandssekretär.
7. Dr. Otto Rüdiger, Regt. 5. Genl. Stabschef, Stadtrat.
8. Dr. Kurt Richter, Direktor.
9. Leopold Rosenow, Kaufmann.
10. Paul Buch, Gutwahrermeister.
11. Dr. Magnitaktion Runge, Parier.
12. Marie v. Bunsen.
13. Alexander Venzel, Geh. Regierungsrat.
14. Eduard Schlow, Eisenbahn-Wagenmacher.
15. Eduard Jordan, Gewerbetreibender.
16. Ernst Janning, Dentist.
17. Dr. Hans Kaufmann, Rechtsanwalt.
18. Dr. Friedrich Gauer, Hygienedirektor.
19. Ernst Schrabbe, Polizeipostmeister.
20. Bernhard Großwiesing, Hygienischer.

Vorstadt 1-9.

1. Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg, Charlottenburg, Hardenbergstraße 1.
2. Banddirektor Emil Wiglow, Brandenburg a. S., Steinstraße 8.
3. Staatsrevisor Otto Hoffmann, Berlin-Niederschlesien, Wuhlestraße 2.
4. Bauer Otto Biele, Sauerland (Wilsnack).
5. Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Gumpert, Außenstraße, Wuhlestraße 36.
6. Herr Dr. Friedrich Gause, Berlin C. 2, Bischofstraße 4-7.
7. Buchdruckereibesitzer Fritz Wendebach, Rathenow, Berliner Straße 20.
8. Oberlehrerin Dr. Elsbeth Schwenke, Charlottenburg, Dronienstraße 17.
9. Rektor Ernst Buch, Brandenburg a. S., Wilhelmshorfer Straße 3.
10. Lebensmittelhändler a. D. Georg Habe, Berlin-Friedenau, Sietzstraße 10.
11. Klempnermeister Paul Böhler, Rudowstraße, Haus 27.
12. Bandwirt und Stadtrat Carl Wittig, Eberswalde, Mühlentstraße 22.
13. Schulenmeister Robert Fischer, Grafenbrück bei Marienwerder, Bezirk Jütowdam.
14. Kaufmännische Angestellte, Diplomat, Handelslehrer Jenny Graf, Berlin C. 54, Auguststraße 49.
15. Handlungsmachermeister Carl Dittmann jun., Bernau (Mark), Kurfürststraße 5.

Vorstadt 10.

1. Lehrer Otto, Charlottenburg.
2. Oberbürgermeister Dominicus, Berlin-Schöneberg.
3. Geheimer Justizrat Dr. Siepmann, Charlottenburg.
4. Fräulein Dr. v. Sarnack, Berlin-Grünau.
5. Kassenerhalter Eisenbahnarbeiter Kant, Berlin-Steglitz.
6. Bandwirt Weller, Josen, 7. Ingenieur Mahlow, Berlin-Schöneberg.
7. Realgymnasialdirektor Walter, Berlin-Wiesdorf.
8. Gemeindeführer Stalisch, Berlin.
9. Kaufmann Berl, Charlottenburg.
10. Elsbeth Stindner, Rudow.
11. Geh. Exp.-Sekretär H. J. Buchholz, des Realnervischulstifts Berlin-Steglitz.
12. Fräulein Dr. Berliner, Berlin-Schöneberg.

Zur Verfassungsfrage.

von Max Quarek, Mitglied der Nationalversammlung, Beigeordneter im Reichsamt des Innern.

Indem wir die nachfolgenden Ausführungen veröffentlichen, möchten wir noch einmal betonen, daß die Wünsche der Deutschen demokratischen Partei sich von denen, die in dem Verfassungsentwurf, besonders zur preussischen Frage, formuliert sind, scharf und sehr wesentlich unterscheiden. Wir möchten aber auch nochmals sagen, daß es eine Randside ist, wenn die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum am Tage vor den Wahlen über eine Verständigung Preußens Red und Worte schreiben, denn diese reaktionären Parteien betreiben und begünstigen in Rheinland-Westfalen, Schlesien und anderswo die Beseitigung von Preußen.

Die Redaktion.

Der Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, den der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Preuß, mit der ganzen Liebe seiner reichs demokratischen Kampferfahrung aus den langen Jahren der preussisch-deutschen Originalitätsherrschaft ausgearbeitet und als Material für die Beratungen der Nationalversammlung veröffentlicht hat, wird mit großem Unrecht als der Gipfel der Zentralisationslust angesehen. Offenbar ist es viel mehr der Vorstoß von Preußen, das bisherige Preußen in eine Reihe von mittleren Freistaaten aufzuteilen, als gerade ein Plan, der das Gegenteil von Zentralisationslust ist, denn die Hauptgegenstände namentlich aus Norddeutschland erodacht. Preuß macht diesen Vorstoß, weil er die stärkere Entwicklung der Selbstverwaltung auch im Gebiete der bisherigen preussischen Monarchie begünstigen und aus möglichst gleichmäßig geteilten Selbstverwaltungsgebieten das einheitliche politische Leben der künftigen deutschen Republik erhallen lassen will. Aus der intensiven Entfaltung der örtlichen Selbstverwaltungsbehörden sollen die Säfte und Kräfte des Volkes von unten nach oben steigen und zur höchsten Einheitsleistung im freien Reich auf den Gebieten geführt werden, die er der Reichsregierung vorschreibt. Diese Gebiete umfassen lediglich diejenigen Angelegenheiten, deren Umfang durch die wirtschaftliche Entwicklung zur Verwirklichung längst über den Rahmen des deutschen Einzelstaats hinausgewachsen sind oder die bei der Not des Reichs nach verlorenen Krieg nach der härtesten Zusammenfassung und Vereinheitlichung rufen.

Bei der Kritik der Preussischen Vorschläge wird nun ganz vergessen, daß eine noch viel härtere und tabuläre Art staatslicher Zusammenfassung gerade für Zeiten der Not und Bedrängnis in Frage kommen kann, als die außerordentlich schonende und an überkommene Verfassungen anknüpfende, die Staatssekretär Preuß vertritt. Ich befürchte freud und frei, daß ich in den Beratungen zu der neuen Reichsverfassung diese radikalere Methode verfolgen und in der Wahlbewegung sehr viel Zustimmung für sie gefunden habe. Und ich scheue mich nicht, sie jetzt ebenfalls zur Kritik zu stellen, nachdem es sich gezeigt hat, daß die Revolution noch so erstaunlich viel geschäftlich gewordene Einrichtungen und Vorstellen gütlich unberührt gelassen hat.

Nachdem die Volkserhebung mit so erstaunlicher Kraft unter dem Druck des Krieges aus der sozialistischen Arbeiterpartei als Führerin der Freiheitsbewegung herausgemacht ist, mußte man nämlich glauben, daß sie auch auf dem Gebiete der politischen Verfassung freie Bahn für die möglichst reine Entfaltung eines ihrer hauptsächlichsten Lebenselemente schaffen werde: für den wirtschaftlichen und politischen Großbetrieb. Er hatte das Deutschland vor dem Kriege zu seiner Kraft und Blüte gebracht, war aber durch den preussischen Absolutismus im Reich imperialeistlich umschloß worden. Nun, nachdem er wirtschaftlich und politisch auf demokratischer Grundlage organisiert werden konnte, durfte man hoffen, daß er auf allen Gebieten, die sich für den Großbetrieb eignen, rein und folgerichtig entwickelt werde. Und daß der staatliche Betrieb der deutschen Republik im präzisesten, billigsten und reibungslosesten Fall im Großbetriebe mit tüchtiger Zentralisation und Vereinigung mit Vermeidung aller unnötigen Zwischenglieder vollständig hätte, das steht doch wohl außer allem Zweifel. Auf dieser Erkenntnis bauen sich dann die weiteren Schritte für die Gestaltung einer deutschen Einheitsrepublik auf: die Zusammenfassung aller bisherigen bundesstaatlichen Regierungen mit ihren unendlichen Mehrheiten und Doppelheiten in eine einzige